



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

ENERGIEWENDE

10 KERNFORDERUNGEN DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES





10 KERNFORDERUNGEN DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES ZUR ENERGIEWENDE

Wesentliche Ziele der Energiewende werden nach dem aktuellen Monitoring-Bericht des BMWi weiterhin verfehlt: Der Ausstoß an CO₂ sinkt nicht wie geplant, sondern stagniert seit 2014. Wärme- und Verkehrssektor hinken bei der Dekarbonisierung hinterher. Selbst im Bereich der Erneuerbaren Energien droht der bis 2020 vorgegebene Anteil am Endenergieverbrauch verfehlt zu werden. Gleichzeitig steigt die Steuer- und Abgabenlast der Verbraucher, weil sich die Kosten des Gesamtsystems immer mehr erhöhen. Daher gilt es aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes umzusteuern und wesentliche Instrumente der Energiewende zu überarbeiten.

1

ENERGIEKOSTEN SENKEN

Die Belastung des Strompreises mit Steuern und Abgaben ist zu hoch. Seit 1998 ist diese um 290 % gestiegen. Der Endkundenpreis im Energiebereich setzt sich heute zu mehr als 75% aus Steuern, Abgaben, Netzentgelten und Umlagen zusammen, die weder vom Energieversorger noch vom Verbraucherverhalten des Kunden beeinflusst werden können. **Im Interesse der betroffenen Stromkunden gilt es, das aktuelle Entgelte- und Umlagensystem zu reformieren, mit dem Ziel, die Kosten zu reduzieren.**



2

WETTBEWERB IM ENERGIEMARKT STÄRKEN

Gerade im Bereich der Abgaben ist dazu ein Wettlauf der Ideen und Konzepte in einem marktwirtschaftlichen Umfeld erforderlich. Gelingt ein noch wirtschaftlicherer Ausbau der Erneuerbaren Energien, reduziert das die EEG-Umlage und hilft zugleich, die Klimaziele zu erreichen. **Deshalb muss das Ausschreibungsmodell des EEG 2017 weiterentwickelt werden.** Dabei sollte sich der Ausbau und die Förderung von Anlagen noch mehr an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Effizienz ausrichten.



3

AKZEPTANZ VOR ORT SCHAFFEN

Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, ist es erforderlich, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen mehr als bisher zur lokalen Wertschöpfung in den Standortgemeinden beitragen. **Dazu müssen die Standortgemeinden stärker über Steuereinnahmen profitieren.** Eine Verbesserung der Akzeptanz gelingt zudem über Beteiligungsmodelle, die für Bürger und Gemeinden attraktiv sind.



4 SEKTORKOPPLUNG AUSBAUEN

Im Interesse der CO₂ Reduzierung ist erforderlich, dass heute noch getrennte Bereiche zusammengedacht und zusammengeführt werden. **Der Ausbau der Sektorkopplung muss gezielt gefördert werden, denn sie ist mehr als die Elektrifizierung des Verkehr- und Wärmesektors.** Mit überschüssigem Strom aus Wind- und Photovoltaikanlagen können beispielsweise Gas oder synthetischer Kraftstoff erzeugt werden, die im Verkehr- und Wärmebereich genutzt werden.



5 VERSORGUNGSSICHERHEIT ERHALTEN

Deutschland ist als Industriestandort auf eine verlässliche Stromversorgung angewiesen. Daher müssen im Falle eines Kohleausstiegs und angesichts des beschlossenen Atomausstiegs Erzeugungskapazitäten geschaffen werden, welche rund um die Uhr die Versorgung von Bevölkerung und Industrie sichern. **Es braucht ein Marktumfeld, in dem flexible Erzeugungskapazitäten, wie kommunale Gaskraftwerke, aber auch Speicher und Lastmanagement-Maßnahmen belohnt werden.**



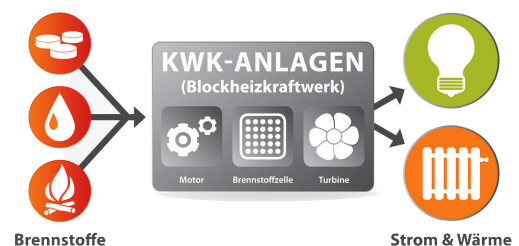
6 DIGITALISIERUNG BRAUCHT EINEN FAIREN RAHMEN

Wir sehen den Strommarkt zugleich als einen Baustein für die digitale und smarte Stadt. Durch den Roll-Out der Smart-Meter kommt ein Teil der notwendigen Infrastruktur für neue Geschäftsmodelle zu den Kunden und Stromverbrauchern. **Dafür gilt es grundsätzlich das Gemeindewirtschaftsrecht zu modernisieren und faire Regelungen zur Datennutzung zu schaffen.** Insbesondere muss es kommunalen bzw. kommunal geprägten Unternehmen erlaubt sein, aufgrund ihrer Vor-Ort-Kenntnis ihre Stärken im Interesse quartiersgerechter Lösungen zu nutzen.



7 KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG AUSBAUEN

Die KWK-Anlagen tragen durch eine lastnahe Stromerzeugung dazu bei, den Netzausbau zu minimieren und sind somit unverzichtbarer Eckpfeiler der Energiewende und ein wichtiger Schritt zur Strom- und Wärmewende vor Ort. **Daher müssen die Rahmenbedingungen auch in Zukunft so gestaltet werden, dass diese Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können.** Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die KWK-Förderung nicht verkompliziert und an bestimmte Technologien – wie die Wärmepumpe – gekoppelt wird.



8

ENERGIEEFFIZIENZ INTELLIGENT STEUERN

Insgesamt weist der Bereich der „Wärme“ weit vor dem Strom die größten Einsparpotenziale auf. Hier lässt sich die Energieeffizienz oft über innovativ-technische Konzepte, etwa bei der Modernisierung veralteter Heizungen sowie durch den Einsatz stromsparender Geräte (smart meter), die den Stromverbrauch intelligent steuern, erreichen. **Durch gebäudeindividuelle und quartiersbezogene Lösungen können erhebliche Einsparungen erzielt werden. Damit kann zugleich ein „Dämmwahn“ verhindert und vorhandene Baukultur geschützt werden.**



9

SMARTE NETZE SCHAFFEN NETZAUSBAU BESCHLEUNIGEN

Der Netzausbau ist die Achillesferse der Energiewende. Die Verteilnetze müssen intelligenter, die Übertragungsnetze zügiger ausgebaut werden. **Dazu müssen sich Investitionen in intelligente Verteilnetze lohnen. Das Verfahren zum Netzausbau auf der Übertragungsnetzebene muss dringend weiter beschleunigt und gestrafft werden.** Die Planungen der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur die Nord-Süd-Trassen bis 2025 auszubauen müssen weiter forciert werden, um Abregelungen von Windparks zu vermeiden.



Stand Januar 2018

10

EUROPÄISCHE ENERGIE- & KLIMASCHUTZPOLITIK STATT NATIONALER ALLEINGÄNGE

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie europäisch gedacht wird. National motivierte Alleingänge führen, auch wenn sie gut gemeint sind, zu einer Überforderung des europäischen Stromsystems. **Anstelle einer stetigen Verschärfung deutscher Klimaziele muss es eine bessere Synchronisierung mit der europäischen Energie- und Klimaschutzpolitik geben.** Nur so kann Europa auch ein Beispiel für andere Regionen auf der Welt sein, im Interesse des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Energieversorgung: national, europäisch und global.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin-Lichterfelde
Tel.: 030 / 77307-0
Fax: 030 / 77307-222
E-Mail: dstgb@dstgb.de